

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6 M 75 P.,
für das deutsche Reich und ganz Oesterreich 9 M
incl. der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen
nehmen an die Expedition, W. (S), Mohren-
straße 59, und sämtliche Postanstalten.

National-Zeitung.

Inserate. — Die Beilagen:
Morgen-Ausgabe 4-gespalten 40 P. Columnen
resp. deren Theile 300 M u. f. w.
Abend-Ausgabe 3-gespalten 60 P. — Kellame
3-gespalten 1 M 50 P. — Columnen 450 M u. f. w.

Deutscher Reichstag.

3. Sitzung vom 7. März.

1 Uhr. Am Bundeskanzler: Reichskanzler Fürst Bismarck,
Botschaft von Schellendorf, von Boetticher u. A.
Eingegangene Gesetzentwürfe betreffend den Servistarif und die
Klasseneinteilung der Orte.

Das Haus tritt in die erste Lesung des Gesetzentwurfs betr. die
Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres.

Kriegsminister v. Bismarck: Es wird wohl von Niemand
unter Ihnen verlangt werden, daß ich die heutige Debatte mit
einer ausführlichen Begründung der Regierungsvorlage einleite.
Ich beschränke mich vielmehr auf einige Worte. Lassen Sie mich doch in dieser
Stunde vergessen, was hinter uns liegt (lebhafter Beifall)
und haben Sie alle die Güte, vorwärts zu blicken in die
Zukunft hinein, deren Einsicht Niemand von uns hier im Hause
unklar ist. Es ist ja wohl anzunehmen, daß die Vorlage
angenommen werden wird, aber je größer die Majorität ist, welche
diese Vorlage annimmt, um so fester werden ihre Zwecke erreicht
werden und wenn je das Wort richtig ist: „wer den Frieden will,
muß zum Kriege rufen“, so ist es in diesem Falle gewiß sehr
richtig, und darum bitte ich: Nehmen Sie diese Vorlage möglichst
einstimmig an, dann wird aus Ihrer Abstimmung die schärfste
Frucht für die Zukunft reifen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Bennigsen (ul.): Es ist der lebhafteste Wunsch meiner
politischen Freunde, daß dieser Gesetzentwurf ohne kommissarische
Veratung in wenigen Tagen erledigt und unverändert angenom-
men wird. Schon der letzte Reichstag hat über wesentliche
Theile der unveränderten Vorlage, über die Vermehrung der
Truppentheile, über die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke eine
erfreuliche Hebeinstimmung angesetzt. Allein die Meinungsverschiedenheit über die Zeitdauer der erhöhten Friedens-
präsenz ist unauflöslich geblieben. Dieser Streit kann
nicht als erledigt gelten nach dem Ausfall der Wahlen.
Drei Parteien dieses Hauses bilden festgeschlossenen für die Be-
wiltigung der stehensfähigen Dauer der Friedenspräsenzstärke eine
Mehrheit, deren Vertretung aus anderen Kreisen für das
Schicksal der Vorlage zwar nicht notwendig ist, im nationalen In-
teresse aber überaus willkommen sein wird. (Sehr richtig! rechts
und bei den National-Liberalen.) Der hinter uns liegende Wahlkampf
hat einen Charakter gehabt von ungewöhnlicher Heftigkeit und
Lebensfähigkeit, die Erregungen der Kämpfe unter den Parteien,
welche sich keineswegs beschränkt haben auf den Inhalt dieser Vor-
lage, sondern sich ausgebreitet haben auf alle die großen und tiefen
Gegensätze theils rein politischer, theils sozialpolitischer Natur,
welche unser Volk erfüllen, sind in diesem Wahlkampf
zum stärksten und beständigen Ausdruck gelangt. Noch zittert diese
Erregung in den Gemüthern nach, und naturgemäß wird sie in den
Verhandlungen dieses Reichstages einen Ausbruch und Ausdruck
finden. Schon der Herr Kriegsminister hat darauf hingewiesen,
daß in der erschöpfenden Erörterung der Militärfrage im letzten
Reichstage, in der Presse und während der Wahlen der Gegenstand
so nach allen Seiten durchgesprochen und durchgekämpft ist,
daß es nahezu unmöglich erscheinen muß, neue Gründe
und Tatsachen von Bedeutung für oder wider beizubringen.
In dieser Lage, nachdem das endliche Schicksal der Angelegenheit
durch die Wahlen entschieden ist, in einer Angelegenheit von über-
wiegend nationaler Bedeutung, angesichts der Vorgänge in Reichs-
ländern, deren Vertretungen die Forderungen für Verstärkung der
Wehrkraft unbeanstandet, sogar einstimmig bewilligt haben, da glaube
ich keinen Widerspruch, wenigstens keinen ernsthaften Widerspruch
zu erfahren, wenn ich behaupte, es ist der Parteien des Reichstages,
aus der Mehrheit wie aus der Opposition, es ist des ganzen Reichstages
als der großen Körperschaft, welche Deutschland vertritt, würdiger,
in einer solchen Lage allezeit zu verharren auf den Ausbruch aller
der lebensfähigen Kämpfe, welche Deutschland überhaupt durch-
zucken und neuerdings wieder so lebendig zum Ausdruck gekommen
sind. (Beifall rechts und bei den National-Liberalen.) Gelegenheit
wird in diesem Reichstage und in seinen weiteren Verhandlungen
genug und übergenug sein, alle diese Fragen zum kräftigsten Aus-
druck zu bringen, auch dasjenige, was aus den letzten Wahlvor-
gängen hier und da zu Beschwerden Veranlassung gegeben haben
mag. Die Verhandlungen über diese Vorlage zum Kampfsplatz
und auszuweichen, darauf sollten wir — ich glaube, das deutsche Volk
ermartet das von uns — alle entschlossen sein zu verzichten. (Leb-
hafter Beifall rechts und bei den National-Liberalen.)

Die Bedeutung der Annahme oder Ablehnung dieser Vorlage
für Krieg und Frieden ist sehr verschiedenes aufgefassen worden, auch
würde es vermessen sein für ein Mitglied des Reichstages, darüber
abzusprechen zu wollen, ob die Kriegsgefahr eine näher oder ent-
fernter drohende ist, ob sie größer ist aus den Angriffsgelüsten des
Westens oder aus den ungelösten Interessengegenständen und Ver-
wicklungen des Ostens. Eines aber, das steht über allem Zweifel
erhaben feststeht in der Auffassung des Landes und des Aus-
landes, das ist die unerschütterliche Friedensliebe unseres Kaisers
und der deutschen Politik (lebhafter Beifall rechts und bei den
National-Liberalen), das ist die Anerkennung der unablässig
fortgesetzten Bemühungen dieser großen Centralmacht in
der Mitte Europas, der Welt den Frieden zu bewahren.
Dem Reichstage ist eine unmittelbare Einwirkung auf den Gang der
politischen Weltgeschichte nicht gegeben. Eines aber vermag er zu
thun und dazu sollte er sich auch berufen fühlen. Er ist im Stande,
das Gewicht, welches die Politik des mächtigen deutschen Reiches
für die Erhaltung des Weltfriedens in der Waagschale werfen kann,
in seiner Stellung erheblich zu verstärken, wenn er kurz entschlossen,
ohne Zögern und Zaudern, unter Vermittelung aller in dieser Frage
anwesenden Streitkräfte und Saders die volle Hebeinstimmung der
Reichsregierung und Reichsvertretung vor aller Welt her-
stellt. (Lebhafter Beifall bei den National-Liberalen und rechts.)
Wenn er das thut, was die verbündeten Regierungen
nicht allein in wiederholten Erklärungen für die Aufrechterhaltung
und Verstärkung unserer militärischen Verteidigungskräfte für er-
forderlich erachtet haben, sondern was auch die Mehrheit des deut-
schen Volkes im Ausgange dieser Wahlen als notwendig erklärt
hat, in rascher Entschlossenheit unverändert in seinem ganzen Um-
fange bewilligt. (Lebhafter Beifall bei den National-Liberalen und
rechts.)

Abg. Dr. Windthorst (Centr.): Ich hatte nicht die Absicht,
in der Generaldebatte das Wort zu ergreifen. Ich bin mit dem
ersten Redner, der soeben gesprochen, und mit dem Kriegsminister
ganz der Meinung, daß Neues in der Sache kaum wird gesagt
werden können. Nachdem aber Abg. von Bennigsen gesprochen hat,
muß ich doch einige Worte sagen. Wir würden der Ansicht sein,
daß die Vorlage mit möglichst rascher Zustimmung zu erledigen sei
und würden auch glauben, daß eine kommissarische
Veratung nicht nötig ist und daß nach Maßgabe der
Geschäftsordnung rasch über die Angelegenheit abgestimmt werden
sollte. Deshalb würden wir auch heute schon sehr rasch unsere
Stellung erklären. Aber es fehlt noch eine Reihe von einsichtigen
Mitgliedern unserer Fraktion aus den Stichwahlen (Rechts) und
ohne diese sind wir nicht in der Lage, eine definitive Erklärung
abzugeben. Wir werden aber das in der zweiten Beratung thun
nach dann unsere Stellung erklären. — Herr von Bennigsen hat
dann verschiedene Gesichtspunkte der großen Politik geistigt und
gemeint, daß diese durchaus mit den jetzigen Fragen
nichts zu thun hätten. Da sehe ich die Sache doch etwas anders
an, als der verehrte Redner. Daß wir Alle in Gemeinschaft
für die Größe und Sicherheit des Vaterlandes eintreten wollen,

darüber ist nirgends ein Zweifel. Wir haben auch im aufgelösten
Reichstage voll und ganz bewilligt, was man verlangt hat. (Rechts
rechts.) Herr von Bennigsen hat das ja selbst anerkannt und
gesagt, daß die Meinungsverschiedenheiten sich nur auf die Zeitdauer
beziehen. Das ist richtig, aber ich habe auch heute nirgends eine
Begründung gehört, daß die von uns bewilligte Zeit nicht hätte
acceptirt werden können. Darüber werden wir uns ja noch weiter
unterhalten können. Aber ich verzichte auf jede weitere Diskussion
für heute, wenn ich nicht noch angegriffen werden sollte, und gebe
aus diesem Grunde auch über einige Punkte in dem Vortrage des
Vorredners hinweg, die sonst mich sehr leicht hätten reizen können.

Abg. v. Helldorf (Centr.): Ich bin doch der Meinung, daß es
hier beinahe unmöglich ist, auch gegenüber den letzten Meinungen
des Herrn Abg. Windthorst, über die Bedeutung der Wahlentscheidung
in diesem Augenblicke anders zu denken, als daß einmal die Mehr-
heit unserer Wähler sich dahin ausgesprochen hat, daß sie eine
dauernde Vermehrung der deutschen Heereskraft für richtig hält,
und daß sie andererseits — und darauf lege ich Gewicht — sich
dahin ausgesprochen hat, daß sie diese Bewilligung auf längere Zeit
rennsetzt und daß sie einen Konflikt in diesem Moment und auf
diesem Gebiete vermeiden zu sehen wünscht. Will dem ersten Herrn
Redner bin ich damit einverstanden, daß dies nicht der Moment ist,
wo wir uns in eine Polemik darüber, wie der Wahlkampf geführt
ist, einlassen sollen. Die Wahlen sind gewissermaßen die
Antwort auf einen Ruf, den die großen Männer,
welche der Gründung des deutschen Reiches nahe gestanden
haben, an Deutschland im Momente der Gefahr gerichtet haben.
Daß dieses Moment der Gefahr in der That vorhanden ist, ist
auch außen und innen, wer wollte das leugnen? Es ist die Konsequenz
der Entschloßung des Reiches, es ist die Folge der Entwicklung des
Reiches auch auf wirtschaftlichem Gebiete. Es liegt auch noch ein
weiteres Moment der Gefahr vor. Das liegt an unseren
deutschen Eigenschaften, von denen man bezeugen kann,
ob man sie als Fehler oder als überlebende Eigen-
den bezeichnen soll; das liegt besonders an einer
Eigenschaft, an einem Uebermaß der Duldung, an welchem wir
Deutschden leiden. Wir müssen und erinnern, daß wir Parteien
haben, deren Führer wenigstens nicht immer auf dem Boden vater-
ländischer Politik stehen, sondern auf dem einer internationalen
Politik. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben hier Vertreter des
Landes, die sich in einem Gegenas befinden zu der Zusammen-
gehörigkeit und Zugehörigkeit zum Reich. Das sind Dinge, wo
man sich fragen muß, ob sie sich noch mit der praktischen Vernunft
vereinigen lassen. Ich hoffe, daß nicht nur die Parteien der gegen-
wärtigen Mehrheit, sondern auch viele andere, die von Wahrheits-
liebe sich durchdrungen fühlen, das zu thun entschlossen sein werden,
was praktisch im Augenblicke notwendig ist, nämlich die Vorlage
unentwegt und entschlossen anzunehmen, wie sie liegt. Ich
wünschte, daß diese Frage nicht wiederum auf Zeit erledigt würde,
sondern daß sie endlich einmal definitiv gelöst werden
könnte in dem Sinne, daß man ausruft: Eine dauernde fun-
damentale Institution des Reiches, wie unsere Arme, kann nicht
auf eine zeitweilige Bewilligung begründet werden. Das ist im
Augenblicke jedoch nicht zu erreichen, sondern es ist eine Aufgabe der
Zukunft. In diesem Augenblicke liegt die Entscheidung staatsrecht-
licher Fragen dieser Art nicht in unserem Sinne. Jetzt lassen Sie
uns nur den praktischen Zielen folgen und das bewilligen,
was bewilligt werden muß, und ich bitte alle die,
welche nicht in den Reihen unserer Freunde gestanden
haben, zu bedenken, daß es den Frieden bedeutet, wenn wir
die Vorlage mit großer Majorität bewilligen. (Beifall rechts.)
Eine weitere Konsequenz der Aufgabe, die uns die Nation angiebt,
ist eine weitere Aufgabe im Sinne einer wirklichen Reichs-
politik, die hier bevorsteht. Alle anderen Kämpfe wirtschaft-
licher, sozialer, konfessioneller Natur, die sich mit den Parteien
nicht oder nur theilweise decken, diese Kämpfe auszutragen auf
legalem Boden und ohne die Existenz unseres Reiches zu gefährden,
ist nur möglich, wenn wir Alles thun, was wir zur Befestigung
des Reiches notwendig thun müssen. Der erste Schritt dazu wird
die Annahme dieser Vorlage sein! (Beifall rechts.)

Abg. Richter (Centr.): Unser Standpunkt zu dieser Vorlage hat
sich seit der letzten Session nicht verändert. Wir werden deshalb
in der zweiten Lesung den Antrag Stannberg, welcher die Be-
willigung auf drei Jahre aussprechen wollte, wieder einbringen, und
im Falle der Ablehnung derselben gegen das Septennat und gegen
die Militärvorlage überhaupt stimmen. Von unseren übrigen An-
trägen werden wir diejenigen Resolutionen wieder einbringen, welche eine
Reichseinkommenssteuer einführen beabsichtigen, da wir glauben, daß die
Erhöhung der Militärfürsorge hauptsächlich von den unteren Klassen ge-
tragen wird, und daß deshalb die Kosten den oberen Klassen auf-
zulegen sind. Was die Gründe unserer Stellung betrifft, so sind
dieselben bereits genügend ausgesprochen, und ich kann
mich deshalb darüber kurz fassen. Daß, sobald eine Gefahr
unserm Vaterland drohen wird, der Reichstag die er-
forderlichen Millionen sofort einmütig bewilligen würde,
halten wir nach wie vor für selbstverständlich. Herr von
Bismarck hat darauf hingewiesen, daß in einem Nachbarstaate
jeden bedenklichen Mittel für militärische Zwecke einstimmig be-
willigt worden seien. Wir haben aber ähnliche Kredite in den
letzten Jahren wiederholt einmütig und einstimmig bewilligt, nur
daß bei uns weniger Aufhebens davon gemacht wird als
anderson. „Si vis pacem, para bellum“, hat der Kriegs-
minister gesagt, und wir stimmen dem bei. Durch unsere
bedenklichen Bewilligungen ist es möglich geworden, daß unsere
Arme in der Anrüstung einen erheblichen Vorsprung vor den
anderen Heeren gewonnen hat. Wir werden auch die im dies-
maligen Etat geforderten Mittel bewilligen. Eage eine militärische
abte Gefahr vor, so wäre die Vorlage gar nicht das geeignete
Mittel zu ihrer Abwehr, wie der Kriegsminister selbst jetzt
anerkannt hat; man mühte vielmehr zur Mobilmachung jählicher.
Als wäre die Bewilligung einer erhöhten Friedensstärke auf mehr
als drei Jahre wirklich eine Bürgschaft des Friedens, dann dürfte
man nicht zum Septennat kommen, sondern zum Aeternat. Das,
was der militärische Streitpunkt zwischen uns und der Militärvor-
stellung ist, ist die Frage der militärischen Dienstzeit. Wenn man auf eine
Herabsetzung der Dienstzeit nicht eingehen und doch die Präzenz-
stärke erhöhen will, so ist das um so bedauerlicher, als unsere
Finanzlage ohnehin schon keine glänzende ist. Daß die Forde-
rungen des Kriegsministers allein für uns nicht das Entscheidende
sein können, dafür berufe ich mich auf die Worte des Reichskanzlers
im Herrenhause bei Gelegenheit des Gesetzes betreffend die Schulkassen,
wo der Reichskanzler selbst meinte: „Offenbar tröht, wer das
Kreuz hat, der segnet sich; der Kriegsminister würde auch ganz
andere Ausgaben machen wollen, wenn er nicht durch den Finanz-
minister und den Reichstag beschränkt wäre.“ Wir haben trotzdem,
da der Kriegsminister erklärte, daß gerade jetzt eine
Herabsetzung der Dienstzeit wegen der (Einübung mit
dem neuen Repetiergewehr nicht möglich sei, auf an-
dere Herabsetzung der zweijährigen Dienstzeit verzichtet und
haben für die unveränderte Bewilligung auf drei Jahre gestimmt.
Ich wollte, die Regierung hätte sich damals mit diesen drei Jahren
begnügt (Rechts), sie hätte dann die gewünschte einmütige
Bewilligung gehabt.

Das Septennat wird ja nun bewilligt werden; aber wir geben
die Hoffnung nicht auf, daß nach vor Ablauf dieser sieben Jahre
sich eine Regierung finden wird, welche freiwillig die zweijährige
Dienstzeit wenigstens für die Fußtruppen einführt. Auf die Wahl-
kämpfe will ich, nach dem Willen der Vorredner, nicht eingehen;

daß aber die von uns in den Wahlkämpfen ausgesprochenen Be-
fürchtungen nicht so unbegründet waren, das sehen wir schon aus
den heutigen Ausführungen des Herrn v. Helldorf, der offen an-
sprach, daß sein Ziel das Aeternat sei, und wir werden ja noch
weiter sehen, was wir von der neuen Majorität zu erwarten
haben. (Beifall links.)

Während dieser Rede ist der Reichskanzler Fürst Bismarck
im Saal erschienen.

Abg. von Kardorff (Rechts): Ich hatte nicht geglaubt, daß
es nötig sein würde, auf die früheren Ausführungen noch zurück-
zukommen und mehr als die Genugthuung auszusprechen, daß das
deutsche Volk in sehr großer Mehrheit sich von der Richtung der
Regierten Richter und Windthorst abgewendet hat. (Sehr
richtig! rechts.) Die Ausführungen der Abgeordneten Windthorst
und Richter möhgen mich doch auf einiges einzugehen. Der Ab-
geordnete Richter hat wiederum versucht, die finanzielle Seite der
Frage in den Vordergrund zu stellen, ich bin aber noch immer der
Meinung, daß trotz unserer schwachen Finanzlage finanzielle Müd-
schichten überhaupt in diesem Augenblicke zurücktreten müssen.
Ich sagte früher, wir müssen eben so gut wie im
Freiheitskriege reich genug sein, den Feind aus dem
Land zu jagen, das ist unser Standpunkt noch heute!
Wenn der Abg. Richter heute wieder die Reichseinkommenssteuer
vorgebracht hat, so wolle er doch, daß er mit diesem Projekt wirklich
nicht durchkommen kann und welche Schwierigkeiten ihm gegenüberstehen.
Es ist sehr leicht, daran populäre Redensarten zu knüpfen, wenn man
genau weiß, daß dies Projekt keine Annahme findet. (Sehr richtig! rechts.)

Wir haben es ferner schon früher für einen Fehler gehalten,
die Frage der zweijährigen Dienstzeit gegenüber den Erklärungen
des Kriegsministers so in den Vordergrund zu stellen und mit der
Frage des Septennats zu verquiden. In dem Bogen der Frei-
finnigen und des Centrums in der vorigen Session konnten wir
nur den Versuch einer parlamentarischen Machterweiterung
sehen, der in der jetzigen Session gewiß nicht angebracht
war. Der Abgeordnete Richter erklärte in der vorigen
Session, das Vorgehen der Regierung sei ein Mißtrauen gegen den
Reichstag. Es war aber in Wirklichkeit umgekehrt das Wort des
Reichstages ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung; diese hat
deshalb an das Volk appellirt, welches in seiner großen
Mehrheit sein Vertrauen zur Regierung ausgesprochen hat.
Alle Neben der Abgeordneten Richter und Windthorst haben
das Gegenteil von dem bewirkt, was sie beabsich-
tigten, und wir wissen es wirklich den genannten Abgeordneten
Dank, daß sie uns eine national-liberal-konservative Majorität ver-
schafft haben. Wir werden diese Majorität zu erhalten suchen,
indem wir über alle Streitpunkte eine Verständigung finden wer-
den, und wir werden zeigen, daß wir vom Abg. Windthorst etwas
gelernt haben. Der Abg. Windthorst hat sich eine Stellungnahme
seiner Partei zu der Vorlage bis zum vollständigen Eintreffen aller
Parteiinitiativen vorbehalten. Ich hege nun die feste Hoffnung,
daß, wenn die noch nicht anwesenden „einsichtigen“ Mitglieder
eingetroffen sein werden, das Centrum sich dazu entschließen wird,
doch auch für die Vorlage zu stimmen, damit sie mit möglichster
Einhelligkeit zum Gesetz werde. (Beifall rechts und bei den
National-Liberalen.)

Abg. Singer (Sozialdemokrat): Auch dieses Mal nimmt meine
Partei der Vorlage gegenüber eine ablehnende Haltung ein. Einmal
fügen wir uns dabei auf die in der Eröffnungsrede betonte feier-
liche Lage, sodann wollen wir die Militärfürsorge, die ohnehin vom
Volke schon schwer genug getragen wird, nicht von neuem unendlich
vermehrten. Die Redensart vom bewaffneten Frieden kann für uns
nicht maßgebend sein. Gerne man lieber für eine Verringerung
der Militärfürsorge in dem massenhaften Europa, wenn man's mit
den Frieden ehrlich meint. Weitere Erörterungen über die Wahlen
bestehen wir uns vor bis zu den Verhandlungen über die Wahl-
proteste. Die Wahlen werden ja beweisen, wie es kam, daß
das deutsche Volk so gewählt hat. Wir können mit dem Resultat
zufrieden sein, (Heiterkeit) unsere Prinzipien und Ueberzeugungen
haben immer mehr Anklang, das beweist die Zunahme der sozial-
istischen Stimmen um beinahe 300 000. Ob wir hier 25 Mitglieder
finden oder weniger, kann uns nicht anstehen. Wir wollen eben nur
einen Ort haben, von dessen Tribune es allein noch möglich ist,
ein freies Wort zu sprechen. Bei der Wahl ist diesmal nicht um
Wahlbeeinflussung vorgekommen, sondern es ist ein Verbrechen an der
Wahlfreiheit verübt worden (Rechts) und bei den National-Liberalen.)
Wenn bei den Wahlprüfungen die früher vom Reichstag auf-
gestellten Grundsätze maßgebend bleiben, dann müßten Zweidrittel
der jetzigen Mandate kassirt werden. (Unruhe rechts und bei den
National-Liberalen.) Nun, die Segnungen des Septennats wird
das deutsche Volk bald zu Kosten bekommen. Wir bleiben bei
unserm verneinenden Votum, weil wir zwingende Gründe für diese
Vorlage nicht erkennen können. Von dieser Majorität können auch
wir sagen, wie einst der Reichskanzler: Sie imponirt uns nicht,
und dies um so mehr, als wir hoffen, daß sie keine dauernde
sein wird.

Abg. Reichensperger befaßt sich vor, auf die etwas ein-
gebrachten Ausführungen der beiden letzten Redner bei Gelegenheit
der zweiten Beratung näher einzugehen.
Damit ist die erste Lesung beendet. Da von keiner Seite eine
kommissarische Veratung beantragt ist, so wird die zweite
Lesung im Plenum stattfinden.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Erste Beratung des
Stats.) Schluß 2 Uhr.

Oesterreichisch-ungarische Monarchie.

§ Wien, 5. März. In Pest haben während der letzten
Zeit durch Regnolar-Deputationen staatsrechtliche Verhand-
lungen zwischen Ungarn und Kroatien über den zwischen
beiden Ländern bestehenden Ausgleich stattgefunden. Wieder
erwarten haben sich dieselben nun plötzlich und vollständig
zerfallen. Noch in den allerletzten Tagen schien es, als ob
eine Verständigung erzielt werden könnte. Schließlich sind aber
die Verhandlungen an dem Widerstande der Kroaten, also jenes
Theiles gescheitert, welcher die Berufung der Regnolar-
Deputationen gefordert hat.

Die Ursache des Bruches scheint nach der Darstellung der
offiziellen Wiener „Presse“ eine ziemlich geringfügige zu sein.
Nachdem man sich auf beiden Seiten in den meisten von
kroatischer Seite vorgebrachten Beschwerdepunkten geeinigt hatte,
gingen die Verhandlungen bei der Auslegung des Gesetzes über
die Amtssprache in die Brüche. Von ungarischer Seite wurde
— im Gegensahe zu der in den letzten Jahren bestehenden
Praxis — dem Gesetze gemäß anerkannt, daß auf dem Territorium
von Kroatien auch für die ungarisch-kroatischen Behörden die
kroatische Sprache als Amtssprache zu gelten habe. Von un-
garischer Seite verlangte man — offenbar im Interesse der
ungarischen Staatsprache und des internen bürokratischen
Verkehrs — daß im Bedarfsfalle bei der Korrespondenz gewisser
Ministerien in Budapest mit den ihnen in Kroatien unter-
geordneten Behörden und umgekehrt, dem kroatischen Original-
texte auch eine ungarische Uebersetzung beigefügt werden könne.
Von kroatischer Seite war man wohl geneigt, diese doppel-
sprachige Korrespondenz vom Minister zur Behörde, nicht aber
von der Behörde zum Minister zu gestatten. Und an dieser
unbedeutenden Differenz scheiterten die Verhandlungen, nachdem
man über weitaus schwierigere und bedeutendere Dinge hinaus-
gekommen war.

